

Diese Satzungen sind eine unverbindliche Veröffentlichung. Sie dient nur der Information des Bürgers. Der Ausschluss des Rechtsweges ist gegeben.

Diese Satzung ist vom 15.05.2012 bis zum 09.12.2013 gültig.

Lesefassung

H a u p t s a t z u n g

der

Stadt

F r a n z b u r g

Präambel

Auf der Grundlage des § 5 Absatz 2 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung, KV M-V) vom 13.07.2011 wird nach Beschlussfassung der Stadtvertretung der Stadt Franzburg und Anzeige bei der Rechtsaufsichtsbehörde nachfolgende Hauptsatzung erlassen:

§ 1

Name/Wappen/Dienstsiegel

- (1) Die Stadt führt den Namen „Franzburg“, ein Wappen und ein Dienstsiegel. Sie umfasst die Orte Franzburg, Neubauhof; Müggenhall und Gersdin.
- (2) Das Wappen zeigt in blau eine silberne Burg mit gezinntem kuppelbedachten Torbau, auf dem roten Kuppeldach ein niedriger Turm mit drei schwarzen Fenstern, einem Zinnenkranz und rotem Kuppeldach, zu beiden Seiten des Torbaus auf der Mauer je ein Turm mit zwei schwarzen Fenstern, einem Zinnkranz, alle Türme besteckt mit einem goldenem Kugelstabkreuz, über dem rechten Turm ein schwebender goldener Buchstabe F, über dem linken Turm ein schwebendes goldenes B; beide Buchstaben überhöht von einer goldenen Fürstenkrone, im offenen Tor ein aufgerichteter, Gold bewehrter roter Greif mit untergeschlagenem Schweif. Die Verwendung des Wappens durch Dritte bedarf der Genehmigung durch den Bürgermeister.
- (3) Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen und der Umschrift „STADT FRANZBURG - LANDKREIS VORPOMMERN-Rügen“, welches in Form und Größe dem dieser Hauptsatzung beigedrückten Siegel gleicht.

§ 2

Rechte der Einwohner und Einwohnerinnen

- (1) Der Bürgermeister kann aufgrund von überragend wichtigen Vorhaben oder Vorkommnissen eine Versammlung der Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt einberufen. Die Einwohnerversammlung kann auch begrenzt auf Ortsteile durchgeführt werden.
- (2) Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die in der Stadtvertretung behandelt werden müssen, sollen dieser in einer angemessenen Frist, spätestens 14 Tage vor der Beratung vorgelegt werden.
- (3) Die Einwohner und Einwohnerinnen erhalten die Möglichkeit, in einer Fragestunde Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten. Die Fragen, Vorschläge und Anregungen sollen sich dabei nicht auf Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit von bis zu 30 Minuten vorzusehen.

- (4) Der Bürgermeister ist verpflichtet, im öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung über wichtige Angelegenheiten der Stadt zu berichten.

§ 3 Stadtvertretung

- (1) Die Vertretung der Bürger und Bürgerinnen führt die Bezeichnung „Stadtvertretung“, die Mitglieder der Stadtvertretung führen die Bezeichnung „Stadtvertreter“.
- (2) Die Stadtvertretersitzungen sind öffentlich.
- (3) Die Öffentlichkeit ist grundsätzlich in folgenden Fällen ausgeschlossen:
1. einzelne Personalangelegenheiten außer Wahlen
 2. Steuer- und Abgabenangelegenheiten Einzelner
 3. Grundstücksangelegenheiten
 4. Vergabe von Aufträgen
 5. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

Die Stadtvertretung kann im Einzelfall, sofern rechtliche Gründe nicht entgegenstehen, Angelegenheiten der Ziffern 1-5 in öffentlicher Sitzung behandeln.

- (4) Anfragen von Stadtvertretern sollen spätestens 5 Tage vorher beim Bürgermeister eingereicht werden. Mündliche Anfragen während der Stadtvertretersitzung sollen, sofern sie nicht in der Sitzung selbst beantwortet werden, spätestens innerhalb von 14 Tagen schriftlich beantwortet werden.

§ 4 Ausschüsse

- (1) Die Ausschüsse setzen sich, soweit nichts anderes bestimmt ist, aus 3 Stadtvertretern und 2 sachkundigen Einwohnern zusammen.
- (2) Gemäß § 36 KV M-V werden folgende beratende Ausschüsse gebildet:

Name	Zusammensetzung (Anzahl)		Aufgabengebiet
	Stadtvertreter	Sachkundige Einwohner	
Haupt- und Finanzausschuss	8, einschließlich Bürgermeister	-	Haupt- und Finanzausschuss
Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr, Wirtschaft und	5	2	Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt (Bauausschuss)

Umwelt (Bauausschuss)			
Ausschuss für Schule, Jugend, Kultur, Sport und Soziales	5	2	Schul- und Kultureinrichtungen, Kulturförderung, Sportentwicklung, Kindertagesstätten, Sozialwesen, Fremdenverkehr

- (3) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch den Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Franzburg-Richtenberg.
- (4) Die Sitzungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich. Die Ausschüsse können sachkundige Personen (Sachverständige) hinzuziehen.
- (5) Durch die Stadtvertretung können zeitweilige aufgabenbezogene, beratend wirkende Ausschüsse gemäß § 36 KV M-V gebildet werden.
- (6) Die Stadtvertretung wählt für den Fall der Verhinderung der weiteren Mitglieder des Amtsausschusses für die Zeitdauer der Wahlperiode der Stadtvertretung jeweils einen Stellvertreter für jedes weitere Mitglied im Amtsausschuss.

§ 5

Aufgabenverteilung/Hauptausschuss

- (1) Dem Hauptausschuss gehören neben dem Bürgermeister 7 Stadtvertreter an.
- (2) Außer den ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben obliegen dem Hauptausschuss alle Entscheidungen, die nicht nach § 22 KV M-V als wichtige Angelegenheiten der Stadtvertretung vorbehalten sind bzw. durch folgende Vorschriften dem Bürgermeister übertragen werden. Davon unberührt bleiben die dem Bürgermeister gesetzlich zugewiesenen Aufgaben.
- (3) Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen nach § 22 (4) KV M-V:
 1. die Genehmigung von Verträgen, die auf einmalige Leistungen gerichtet sind, innerhalb der Wertgrenze von 5.000 EURO bis 10.000 EURO sowie die Genehmigung von Verträgen, die auf wiederkehrende Leistungen gerichtet sind innerhalb der Wertgrenze von 2.000 EURO bis 5.000 EURO/Monat,
 2. die Zustimmungen zu überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb der Wertgrenze von 25 bis 50 % der jeweiligen Finanz- und Ergebniskonten, jedoch nicht mehr als 25.000 EURO, sowie bei außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen innerhalb der Wertgrenze von 5.000 EURO bis 30.000 EURO je Vorgang , sofern eine Deckung gewährleistet ist,
 3. bei Veräußerung oder Belastung von Grundstücken innerhalb der Wertgrenze von 5.000 EURO bis 50.000 EURO, bei Hingabe von Darlehen innerhalb 5.000 EURO bis 50.000 EURO sowie bei Aufnahme von Krediten im Rahmen des Haushaltsplanes innerhalb der Wertgrenze von 5.000 EURO bis 25.000 EURO,

4. bei Verträgen zur Übernahme von Bürgschaften, dem Abschluss von Gewährverträgen, der Bestellung sonstiger Sicherheiten für Dritte sowie wirtschaftlich gleich zu achtenden Rechtsgeschäften innerhalb einer Wertgrenze von 5.000 EURO bis 50.000 EURO,
 5. im Rahmen des Abschlusses von städtebaulichen Verträgen, insbesondere Erschließungsverträgen und Durchführungsverträgen zu vorhabenbezogenen Bebauungsplänen innerhalb einer Wertgrenze von 5.000 EURO bis 50.000 EURO.
 6. Im Rahmen der Städtebauförderung trifft der Hauptausschuss Entscheidungen innerhalb einer Wertgrenze von 25.000,00 EURO bis 75.000,00 EURO.
 7. Der Hauptausschuss entscheidet über die Vergabe von Aufträgen nach VOL, VOB, VOF und HOAI innerhalb der Wertgrenze von 75.000 EURO bis 125.000 EURO netto.
 8. Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen bei der Ausübung des Vorkaufrechtes gemäß §§ 24 ff. Baugesetzbuches ab einem Grundstückswert 50.000 EURO.
 9. Der Hauptausschuss entscheidet über den Abschluss von Pachtverträgen bis zu einem Pachtzins von je 2.500 EURO/Jahr.
 10. Der Hauptausschuss entscheidet in Personalangelegenheiten.
 11. Der Hauptausschuss trifft Entscheidungen über die Erteilung bzw. das Versagen des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 Absatz 1 Baugesetzbuch. Zu den Entscheidungen nach Satz 1 soll die Stellungnahme des Bauausschusses eingeholt werden.
 12. Der Hauptausschuss entscheidet über die Annahme oder Vermittlung von Spenden an Dritte, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen innerhalb einer Wertgrenze von 100,00 € bis höchstens 1.000,00 €.
- (4) Die Stadtvertretung ist über die Entscheidungen nach Abs. 3 fortlaufend zu unterrichten.
- (5) Die Sitzungen des Hauptausschusses sind nicht öffentlich. Es können sachkundige Personen (Sachverständige) hinzugezogen werden.

§ 6

Bürgermeister/Stellvertreter

- (1) Der Bürgermeister ist gleichzeitig Vorsitzender der Stadtvertretung. Er und seine Stellvertreter werden für die Wahlperiode der Stadtvertretung gewählt.
- (2) Der Bürgermeister trifft Entscheidungen unterhalb der Wertgrenzen des § 5 Absatz 3 Nr. 1 bis 9 und 12 dieser Hauptsatzung.
- (3) Die Stadtvertreter sind laufend über die Entscheidungen nach Absatz 2 zu informieren.
- (4) Die beiden Stellvertreter des Bürgermeisters sind gleichzeitig Stellvertreter des Vorsitzenden der Stadtvertretung.

§ 7

Festlegung von Wertgrenzen gemäß § 48 Kommunalverfassung

Die Stadt hat unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung in folgenden Wertgrenzen zu erlassen:

- (1) Ein Fehlbetrag im Sinne des § 48 Abs. 2 Ziffer 1 wird als unerheblich angesehen, wenn er bis zu 10 % des Volumens des Ergebnishaushaltes bzw. des bereits ausgewiesenen Fehlbetrages beträgt.
- (2) Ein Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Finanzhaushalt reicht dann gemäß § 48 Absatz 2 Ziffer 2 im erheblichen Umfang nicht aus, wenn der Saldo zur Auszahlung zur planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen um 10 % absinkt.
- (3) Die Erhöhung einer bestehenden Deckungslücke ist wesentlich im Sinne des § 48 Absatz 2 Ziffer 2, wenn die Deckungslücke um 10% der Ursprungsunterdeckung absinkt.
- (4) Im Ergebnishaushalt bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen in einem Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen, die getätigt werden sollen oder müssen sind unerheblich, wenn sie 10.000 € im Einzelfall nicht übersteigen.
Entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen.
- (5) Eine unabweisbare Auszahlung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Aufwendungen und Auszahlungen für Instandsetzungen an Bauten und Anlagen sind bis zu 10.000 € im Einzelfall geringfügig.

Bei einer Kostendeckung durch zweckbestimmte Erträge und Einzahlungen ist die Aufwendung bzw. die Auszahlung bis zur Höhe dieser Erträge und Einzahlungen geringfügig.

§ 8

Verpflichtungserklärungen

Verpflichtungserklärungen im Sinne des § 39 Abs. 2 KV M-V bis zu einer Wertgrenze von 15.000,00 EURO brutto bei einmaligen Verpflichtungen bzw. bei wiederkehrenden Verpflichtungen von 500 EURO brutto je Monat können vom Bürgermeister allein bzw. durch einen von ihm beauftragten Bediensteten in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Bei Erklärungen gegenüber einem Gericht liegt die Wertgrenze bei 25.000 EURO.

§ 9

Entschädigungen

- (1) Der Bürgermeister erhält nach Maßgabe des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung eine monatliche Aufwandsentschädigung.
- (2) Den Stellvertretern des Bürgermeisters wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für ihre besondere Tätigkeit bei Verhinderung des Bürgermeisters je nach Dauer der Vertretung eine entsprechende

Aufwandsentschädigung in Höhe von 1/30 der Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters pro Tag der Vertretung gewährt.

- (3) Die Mitglieder der Stadtvertretung und die Mitglieder der Ausschüsse erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für die Teilnahme an den Sitzungen der Stadtvertretung und der Ausschüsse Sitzungsgeld in Höhe des Höchstsatzes der Entschädigungsverordnung. Vorsitzende der Ausschüsse und bei deren Verhinderung deren Stellvertreter erhalten nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung für jede von ihnen geleitete Sitzung ein Sitzungsgeld in Höhe des 2-fachen des Sitzungsgeldes nach Satz 1.
- (4) Fraktionsvorsitzende erhalten je Fraktionssitzung, die im Zusammenhang mit der Durchführung einer Stadtvertreter- bzw. Ausschusssitzung stattfindet, ein Sitzungsgeld in Höhe von 25,50 EURO, jedoch höchstens einmal monatlich.

§ 10

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Franzburg erfolgen durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt, dem Mitteilungsblatt des Amtes Franzburg-Richtenberg, soweit gesetzlich oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Das Bekanntmachungsblatt erscheint monatlich.

Bei Bedarf können zusätzliche Sonderdrucke angefertigt werden, die in der jeweils vorangehenden Ausgabe angekündigt werden. Das Bekanntmachungsblatt ist einzeln oder im Abonnement kostenlos beim Amt Franzburg-Richtenberg, Ernst-Thälmann-Straße 71, 18461 Franzburg erhältlich.

- (2) Sind Karten, Pläne oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, so können diese Teile anstatt der Regelungen des Absatzes 1 während der Dienststunden im Amt Franzburg-Richtenberg, Ernst-Thälmann-Straße 71, 18461 Franzburg ausgelegt werden. Die Bestandteile sind in der Satzung zu bezeichnen. Auf die Auslegung ist in Form des Absatzes 1 mit Bekanntmachung der Satzung hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt 1 Monat soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- (3) Soweit öffentliche Bekanntmachungen in der in dieser Satzung festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich sind, erfolgen diese durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln. Beim Entfallen des Hinderungsgrundes ist die öffentliche Bekanntmachung in der vorgeschriebenen Form unverzüglich nachzuholen. Die Aushangfrist beträgt 14 Tage.

Der Aufstellort der Bekanntmachungstafel befindet sich:

1. Rathaus Franzburg im Foyer
2. Platz des Friedens Franzburg, Höhe 32/33
3. Bushaltestelle Müggenhall, gegenüber Dorfstraße 22, an der L 192“

Der Tag des Aushanges und der Abnahme werden bei der Berechnung der Aushangs- oder Bekanntmachungsfrist nicht mitgerechnet, aber auf den zur Nachweisführung dienenden Exemplaren mit Unterschrift und Dienstsiegel vermerkt.

- (4) Öffentliche Bekanntmachungen zu Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Stadtvertretung erfolgen durch Bekanntmachung auf der Internetseite der Stadt Franzburg im Auftritt des Amtes Franzburg-Richtenberg unter der Seite Gremien/Ortsrecht.
- (5) Die Bekanntmachung ist bewirkt:
 - im amtlichen Bekanntmachungsblatt mit Ablauf des Erscheinungstages
 - im Falle des § 10 (2), wenn der Wortlaut der Satzung bekannt gemacht worden ist,
 - im Falle des § 10 (4) mit Ablauf des Tages, an dem die Bekanntmachung im Internet verfügbar ist.
- (6) Die Bekanntmachung des öffentlichen Teils der Sitzungen der Stadtvertretung gemäß § 29 Absatz 8 der Kommunalverfassung M-V erfolgt nach der Bestätigung der Sitzungsniederschrift auf der Internetseite der Stadt Franzburg im Auftritt des Amtes Franzburg-Richtenberg unter der Seite Gremien/Ortsrecht und bleibt für einen Zeitraum von 1 Monat dort einsehbar.
- (7) Die Bekanntmachung des jeweils aktuellen Berichts über Spendengeber, die Zuwendungen und die Verwendungszwecke gemäß § 44 Absatz 4 der Kommunalverfassung M-V erfolgt auf der Internetseite Stadt Franzburg im Auftritt des Amtes Franzburg-Richtenberg unter der Seite Gremien/Ortsrecht und bleibt für einen Zeitraum von 1 Monat dort einsehbar.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 27.07.2004 außer Kraft.

Franzburg, den 27.03.2012

Gez. M. Blümel
Bürgermeister

- Dienstsiegelabdruck